# Was heißt hier gesichert?

## Bebauungspläne sind der beste Schutz für Kleingärten – doch viele Berliner Anlagen warten noch darauf

Wie viele der Berliner Kleingärten sind gegen Bebauung geschützt? Wie gut und wie dauerhaft sind sie gesichert? Darum drehen sich viele politische Diskussionen der vergangenen Jahre, ob beim Kleingartenentwicklungsplan 2030 (KEP), beim Sicherungsgesetz oder im aktuellen Wahlkampf.

### Nur ein winziger Teil gefährdet?

Umweltsenatorin Regine Günther (Grüne) verkündete wiederholt, durch den KEP aus ihrem Hause würden „rund 92 % der Kleingartenfläche gesichert". 82 % seien über Flächennutzungsplan (FNP) und Bebauungspläne (B-Pläne) dauerhaft gesichert, weitere 9,4 % mit einer Schutzfrist bis 2030. Nach Ansicht der Senatorin „bleiben sage und schreibe 3,9 % auf Privatflächen übrig, die nicht gesichert werden" – wenn man die Bahnlandwirtschaft und diejenigen Flächen, auf denen Infrastrukturprojekte gebaut werden sollen, nicht mitrechnet.

Diese Interpretation der Zahlen wird von manchen Politikern, auch aus anderen Parteien, ohne weiteres übernommen. Aus Sicht des Landesverbandes der Gartenfreunde ist sie allerdings nicht überzeugend. Tatsache ist: Den größtmöglichen Schutz haben Kleingärten, die über B-Pläne abgesichert sind. Und das gilt nach Senatsangaben für nur 14,9 % der Berliner Kleingartenflächen.

Der überwiegende Teil der angeblich dauerhaft gesicherten Kleingärten (Kategorie 1 im KEP) sind sogenannte fiktive Dauerkleingärten, die im FNP als „Grünfläche-Kleingärten" oder nur als „Grünfläche" dargestellt sind. Diese schwächere Absicherung gilt für 53,1 % der Kleingartenflächen.

Für weitere 14,2 % gilt: Sie sind nur zur dauerhaften Erhaltung vorgesehen (Kategorie 2). Der planungsrechtliche Status ist hier nicht eindeutig – in den meisten Fällen, weil die Flächen im FNP zwar als Grün erfasst sind, ältere B-Pläne aber noch eine anderweitige Nutzung vorsehen. Laut KEP drohen hier aber keine Gefahren mehr für die Anlagen, weil die Planungsziele von den Bezirksämtern nicht mehr verfolgt werden. Darum zählen sie in der summarischen Aufzählung des Senats ebenfalls zu den „dauerhaft gesicherten" 82 %.

### Schutzfristen verlängern Unsicherheit

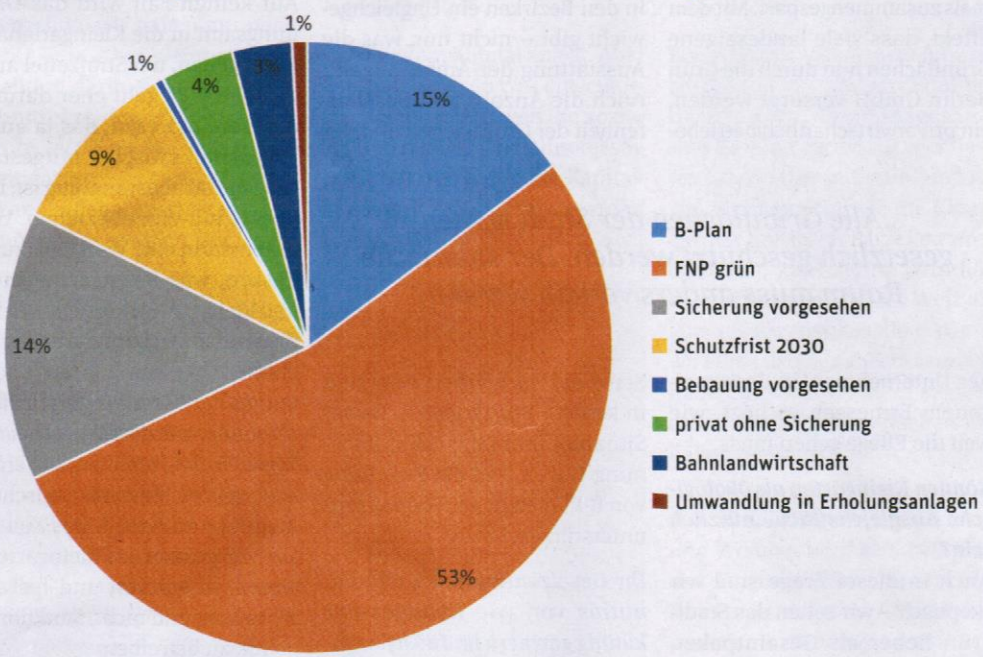
9,4 % der Berliner Kleingartenflächen verfügen derzeit über eine Schutzfrist bis 2030 (Kategorie 3). Es handelt sich ausschließlich um landeseigene Flächen, die im FNP nicht als Grün dargestellt sind und auf denen durch B-Pläne Baurecht besteht. Bei der Erstellung des KEP versprach die Senatsverwaltung: Bis 2025 soll endgültig entschieden werden, welche dieser Flächen in Anspruch genommen werden.

Eindeutig zur Bebauung in den nächsten Jahren vorgesehen sind laut KEP 0,5 % der Kleingartenflächen oder 454 Parzellen (Kategorie 4). Dies sind ausschließlich landeseigene Flächen, die mit Projekten der sozialen Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Sport- und Pflegeeinrichtungen bebaut werden oder Verkehrsprojekten zum Opfer fallen sollen. Bei der Planung neuer Straßen, Schienen- und Radwege ist allerdings in den meisten Fällen noch offen, wie viele und welche Parzellen beräumt werden müssen. Die 454 bezifferten Kleingärten sind also nur die Mindestzahl der landeseigenen Parzellen, die beräumt werden müssen.

Dramatisch ist auch die Lage bei den Flächen der Bahnlandwirtschaft (3,2 %, Kategorie 6) und anderer privater Eigentümer, die bisher nicht planungsrechtlich gesichert sind (3,9 %, Kategorie 5). Sie könnten zu einem großen Teil Bauprojekten zum Opfer fallen, wenn es der Politik nicht gelingt, in den nächsten Jahren den Schutz durch FNP-Änderungen oder B-Pläne zu erreichen.

**Klaus Pranger**

### Sicherungsstatus der Berliner Kleingartenflächen




Anteil an der Kleingartenfläche in Berlin, Quelle: KEP 2030, Stand August 2020

# „Wir wollen Augenhöhe zwischen Senat und

## Welche Ideen hat die Berliner CDU zur Sicherung von Kleingärten? Generalsekretär

***Herr Evers, Berlin muss Wohnungen und Infrastruktur bauen. Wie viele Kleingärten muss die Stadt dafür opfern?***
Netto überhaupt keine. Wir sind eine wachsende Stadt, und der Bedarf an Grünversorgung und gärtnerischen Entfaltungsmöglichkeiten steigt. So wie die Stadt wächst, so sollte auch die Zahl der Kleingärten wachsen. Die Quote, gemessen an der Zahl der Einwohner sollte nicht geringer werden, sondern zumindest gleichbleiben.

***2030 muss Berlin also auf jeden Fall mehr Kleingärten haben als heute?***
Richtig, darum soll auch in neuen Stadtquartieren die gärtnerische Fläche mitgeplant werden – dafür haben wir in der CDU den „Grün-Schlüssel" entwickelt. Er sieht mindestens 6 m² Grünfläche pro Einwohner in neuen Quartieren vor.

***Und wie wollen Sie die bestehenden Anlagen sichern?***
Wir als CDU haben ja schon 2014 den Beschluss zur dauerhaften Sicherung der Kleingärten ins Abgeordnetenhaus eingebracht, und er wurde mit einer sehr breiten Mehrheit gefasst. Wir hatten schon damals das klare Ziel, wegzukommen von den Schutzfristen und der immer wieder neu aufgeworfenen Unsicherheit bei den Gartenfreunden. Kleingärtner brauchen Planungssicherheit. Wir müssen festlegen, wo soziale Infrastruktur zwingend erforderlich ist, aus welchen Gründen, in welchem Umfang und bis zu welchem Zeitpunkt das umgesetzt sein muss. Und müssen von Anfang an auch über die Ausgleichsflächen reden.

***Aber diese Planungssicherheit gibt es nach wie vor nicht ...***
Richtig, wir haben damals sehr klare Aufträge an die Senatsverwaltung formuliert – und nichts davon wurde abgearbeitet. Der rot-rot-grüne Senat hat sich komplett vom Parlamentsbeschluss verabschiedet und sich ganz andere Ziele gesetzt. Insgesamt haben wir jetzt wieder fünf Jahre verloren. Ich glaube, die Trennung der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Umwelt war nicht von Vorteil, weil sie nach meinem Empfinden gegeneinander gearbeitet haben.

***Das wollen Sie wieder rückgängig machen?***
Es macht keinen Sinn, die Umweltpolitik als ein Nebenthema der Verkehrspolitik zu sehen wie in der jetzigen Ressortaufteilung. Das städtische Grün ist ein originäres Thema der Stadtentwicklung, und das sollte es auch wieder werden.

***Was will die CDU noch ändern, sollte sie nach den Wahlen wieder am Senat beteiligt sein?***
Das Erste wäre die Errichtung einer „Stiftung Berliner Stadtgärten", dann hätten wir die dauerhafte Sicherheit für alle landeseigenen Flächen. Wenn wir das Kleingartenvermögen des Landes in eine Stiftung einbringen, kann kein Parlament und keine BVV mehr an die Flächen heran.

***Die landeseigenen Kleingärten wären damit sicher vor jeglicher Bebauung?***
In den Gremien der Stiftung wollen wir die Augenhöhe zwischen Senat und Gartenfreunden herstellen, sodass keiner ohne den anderen entscheiden kann. Das ist die sichere Gewähr dafür, dass Kleingartenflächen nicht einfach aufgegeben werden können, sondern dass es immer einen Ausgleich gibt. Nur dann werden Gartenfreunde einer Planung zustimmen.

***Und was haben Sie gegen ein Kleingartenflächensicherungsgesetz?***
Inhaltlich wende ich mich gar nicht dagegen – wir haben dasselbe Ziel. Aber ich würde ungern erleben, wie wir vor Gericht mit dem nächsten Rotrotgrün-Gesetz scheitern. Das Kleingartenrecht liegt nun einmal in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes – da bleibt einem Landesparlament nicht mehr viel zu regeln.

***Aber das Gesetz würde immerhin auch eine Sicherungsperspektive für private Flächen schaffen ...***
Mit einem Gesetz allein kann Berlin da gar nichts bewirken, das wäre eine reine Absichtserklärung. Die Sicherung der Privatflächen können wir nur durch Planungsrecht erreichen, durch Bebauungspläne und den Flächennutzungsplan (FNP). Dann schafft man auch eine rechtlich sichere Grundlage. Natürlich kann das auch mit Entschädigungsfragen

*„So wie die Stadt wächst, so sollte auch die Zahl der Kleingärten wachsen."*

Foto: Elke Binas

### Wahlprogramm

Das Wahlprogramm der Berliner CDU wurde am 19. Juni beschlossen, nach dem Redaktionsschluss des „Gartenfreundes". Laut Generalsekretär Stefan Evers soll es in der Kleingartenpolitik „Punkt für Punkt" enthalten, „was wir nach der Wahl abarbeiten".

# Gartenfreunden“

## Stefan Evers im Interview

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September 2021 wird auch über die Kleingartenpolitik der kommenden Jahre entschieden. Der „Gartenfreund“ befragt in sechs Interviews die Parteien im Landesparlament zu ihren Positionen:

**Juni-Ausgabe:** FDP und AfD
**Juli-Ausgabe:** CDU und Linke
**August-Ausgabe:** SPD und Grüne

Die Interviews fanden in Berliner Kleingartenanlagen statt. Die Auswahl erfolgte durch die Redaktion und steht in keinerlei Zusammenhang mit politischen Ansichten von Vereinsvorständen oder -mitgliedern.

**BERLIN 2021**
**KLEINGÄRTNER HABEN DIE WAHL**

verbunden sein. Ich beeinträchtige ja Grundstückswerte, wenn ich die Verwertbarkeit von Privatflächen beschränke.

***Es kann also teuer werden, private Flächen zu sichern?***

Aber wir bekommen auch etwas dafür. Kleingärten sind ja nicht nur zur Freude der Kleingärtner da, sondern auch die Stadt hat etwas davon. Das ist aktive Klimapolitik, das bringt ökologische, soziale und gesellschaftliche Erträge für die Stadt, ob durch Schulgärten, Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftsfeste. Das alles hat einen Wert, und darum muss Berlin auch bereit sein zu investieren.

***Die Sicherung über das Planungsrecht wird aber viel Zeit in Anspruch nehmen ...***

Da hätte seit 2017 schon sehr viel passieren können. Den FNP können wir als Land angehen, ohne auf die Bezirke zu warten. Ich habe die Erfahrung gemacht: Wenn man ein solches Vorhaben nicht zu Beginn der Legislaturperiode anfasst, dann wird es zum Ende hin nichts mehr. Das werden wir auch tun, das Thema muss Priorität bekommen.

***Und wie schnell kann es dann gehen?***

Die nötigen Änderungen des FNP sind kein Hexenwerk, das lässt sich gut beschleunigen. Zwei Jahre sind ein ambitioniertes Ziel, aber in dieser Zeit müssen wir das abgewickelt haben.

***Bei den B-Plänen geht es wohl nicht so flott – die Bezirke sind vielfach überfordert.***

Das ist richtig. Wir merken das ja beim Wohnungsbau genauso wie bei der Kleingartensicherung: Es dauert alles unfassbar lang. Die Bezirke können aber bei den B-Plänen einiges standardisieren oder auch outsourcen. Die Mitarbeiter vor Ort müssen also nicht alle B-Pläne von Anfang bis Ende selbst machen.

***Sie wollen die Verwaltung outsourcen?***

Das ist eine Grundsatzentscheidung: Inwieweit sind die Bezirke bereit, in der Verwaltung bestimmte Dinge auszulagern, wenn es dann schneller geht? Viele Schritte bei der Erstellung eines B-Plans kann genauso gut ein Planungsbüro übernehmen. Die politische Abwägung und letzte Entscheidung kann natürlich kein Dienstleister treffen. Klar ist: Wir stehen am Anfang einer großen Personalkrise im öffentlichen Dienst. Die Verwaltung wird nicht umhinkommen zu prüfen, was sie noch selbst leisten kann und wo sie Unterstützung von außen braucht.

*„Die Verwaltung muss prüfen, was sie noch selbst leisten kann und wo sie Unterstützung von Dienstleistern braucht.“*

***Muss der Senat den Bezirken da unter die Arme greifen?***

Ja, mindestens durch mehr Freiheiten, damit sie neue Wege überhaupt probieren können. Wenn die Herausforderungen über Personalmittel nicht zu lösen sind, muss der Senat den Bezirken die Mittel an die Hand geben, um Planungsbüros oder Ingenieure für ein Projekt zu beauftragen.

***Müssen nicht auch die landeseigenen Flächen stärker planungsrechtlich gesichert werden?***

Das ist der große Vorteil unseres Stiftungsmodells: Mit dieser neuen Eigentümerstruktur erreichen wir ja ohnehin schon eine dauerhafte Absicherung für die landeseigenen Kleingärten.

***Sie haben schon das Thema Ersatzflächen angesprochen. Wie wollen Sie das voranbringen?***

Wir haben eine Initiative zu ökologischen Ausgleichsflächen vorgelegt. Die Schaffung, aber auch die ökologische Aufwertung von Kleingärten soll künftig als Ausgleichsmaßnahme bei Infrastrukturmaßnahmen gelten. Dann müssten bei der Entwicklung neuer Quartiere und bei allen großen Bauprojekten Kleingärten automatisch mitgedacht werden.

***Umweltverbände sehen das kritisch, weil dadurch geplante Naturschutzgebiete wegfallen würden – zum Beispiel auf dem Flughafen Tegel.***

Dann müssen wir uns mal über das Verständnis von ökologischem Mehrwert unterhalten. Im Fall von Tegel gibt es die Grundsatzdiskussion, ob der dort geplante Trockenrasen tatsächlich einen höheren Wert hat als die ökologische Vielfalt von Kleingärten.

***Sie sagen nein?***

Exakt. Natürlich hat der Trockenrasen seine Berechtigung – auch in Tegel wollen wir ja nicht die gesamte Fläche für Kleingärten in Anspruch nehmen, die Tegeler Stadtheide soll bleiben. Die Mischung macht's, man kann das eine wie das andere verwirklichen. Und klar ist: Wenn wir 2000 Stadtgärten dort planen, muss der ökologische Mehrwert geschaffen und auch nachgewiesen werden, durch Artenvielfalt, durch naturnahes Gärtnern. Da müssen schon Musterkolonien entstehen, auch was die Zugänglichkeit angeht und die Integration angrenzender Quartiere.

***Ein noch größerer Zankapfel ist das Tempelhofer Feld: Soll es frei bleiben oder bebaut werden?***

Wir haben immer für die Randbebauung geworben und tun das auch weiter. Wir können nicht die gesamte Last der wachsenden Stadt auf Außenbezirken abladen, sondern müssen solche Potenziale auch in der Innenstadt nutzen, und zwar so, dass dort Stadt für alle entsteht. Stadtgrün und Klimaschutz bleiben dabei natürlich nicht außen vor.

***Manche sehen ja auch in den Kleingärten ungenutztes Potenzial für den Wohnungsbau ...***

Eine solche Einschätzung geht aber am ökologischen Wert der Kleingärten völlig vorbei. Berlin hat noch jede Menge Möglichkeiten, auch in der Innenstadt mehr Wohnraum zu schaffen, ohne auf seine Stadtgärten zurückzugreifen.

**Das Gespräch führten Elke Binas und Klaus Pranger**

# „Alles zu 100 % zu bewahren geht nicht“

## Was plant die Berliner FDP, um Kleingärten zu sichern? Spitzenkandidat Sebastian Czaja im Interview

***Herr Czaja, traditionell haben FDP und Kleingärtner in Berlin ein distanziertes Verhältnis. Aber Sie haben in den vergangenen Jahren auffällig oft Präsenz bei den Gartenfreunden gezeigt, oder?***

Für mich war es ein Anliegen, das Thema Kleingärten stärker zu diskutieren, auch innerhalb der Partei. In unserer wachsenden Stadt merken wir die Flächenkonkurrenz, wir wollen bezahlbare Mieten und soziale Infrastruktur, aber es gibt auch die Notwendigkeit, Stadtgrün zu sichern und die Lebensqualität zu bewahren. Damit muss man sich auseinandersetzen, es hilft ja nichts, die Konflikte zu verstärken, sondern man muss sie lösen. Deshalb habe ich bewusst den Kontakt zu den Kleingärtnern gesucht, deshalb haben wir als Fraktion mehrere Veranstaltungen durchgeführt, um den Kompromiss zu suchen. Da ist man nicht immer einer Meinung, aber wir haben uns an vielen Stellen auch überzeugen lassen und sehen, wie wichtig die Kleingärten sind.

***Flächenkonkurrenz bedeutet, dass vielen Kleingärten die Bebauung droht. Was werden Sie dagegen tun?***

Wir haben ein umfassendes Konzept. Der erste Schritt muss ein großes Stadtaufmaß sein, ein Baulückenkataster, denn Berlin ist die lückenhafteste Metropole Europas. Und jeder Kleingärtner, dessen Parzelle zur Disposition gestellt wird, stellt sich zu Recht die Frage: Wieso soll mein Garten weg, wenn ich auf der Karte oder in meiner Nachbarschaft jede Menge Freiflächen sehe? Deshalb wollen wir wissen: Wie viel Bauflächen haben wir überhaupt in der Stadt? Wie viel Bauleistung können wir woanders erbringen? Erst wenn ich das habe, kann ich in den konstruktiven Dialog mit jedem Kleingärtner eintreten.

***Den Dialog darüber, wie viele Parzellen letztlich geopfert werden müssen?***

Wenn im Einzelfall Platz gemacht werden muss für eine Schule, eine Kita oder eine Pflegeeinrichtung, dann sage ich Ja dazu. Dann stellen wir auch die Flächen von Kleingärtnern zur Disposition. Aber wir wollen dafür einen Ausgleich schaffen über ein Kleingartenkataster.

***Noch größer ist der Flächenbedarf beim Wohnungsbau. Was haben Sie da vor?***

Da können wir an vielen anderen Stellen etwas bewegen und Flächen ertüchtigen, bevor wir überhaupt über irgendeinen Kleingarten reden müssen. Am Rand des Tempelhofer Feldes könnten 12.000 neue Wohnungen entstehen, und trotzdem würden 200 ha freibleiben, genauso wie an der Elisabethaue oder am Pankower Tor, wo 16 ha zur Verfügung stehen, um Wohnraum zu schaffen. Wir wollen auch den genehmigungsfreien Ausbau von Dachgeschossen – das sind allein 70.000 Dachgeschosse, die wir in Berlin ausbauen könnten. Wir müssen auch über die Anhebung der Traufhöhe sprechen, um höher bauen zu können.

***Und wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, kommen die Kleingärten dran?***

Wir machen das Schritt für Schritt. Schritt Nummer ein ist jetzt das Baulückenkataster, Schritt Nummer zwei ist, die Flächen zu ertüchtigen und zu bebauen, Schritt Nummer drei ist dann zu schauen, wo besteht immer noch Bedarf. Und bei dem Tempo, das Berlin derzeit bei solchen Fragen hat, sind wir dann weit nach 2030.

*„Für Wohnungsbau können wir viele andere Flächen ertüchtigen, bevor wir über irgendeinen Kleingarten reden müssen.“*

***Viele Kleingärtner möchten aber nach Jahrzehnten der Ungewissheit möglichst rasch eine dauerhafte Sicherung ...***

Wir haben ja mit dem Kleingartenentwicklungsplan eine Verabredung, dass der weitaus größte Teil bis 2030 gesichert ist. Wir müssen jetzt die anderen Themen angehen, damit Kleingärten dauerhaft ihren Beitrag für die Stadt leisten können. Das ist der Weg, den wir gehen wollen: nicht das Konfliktbeladene, sondern das Lösungsorientierte. Nicht die 100 % – auf beiden Seiten muss die Erkenntnis da sein: Alles zu 100 % zu bewahren, geht nicht.

## Aus dem Wahlprogramm

Im Regierungsprogramm der FDP Berlin für die Abgeordnetenhauswahl 2021 steht zu Kleingärten Folgendes: „Kleingärten sind für uns als urbanes Grün erhaltenswert; insbesondere im S-Bahn-Ring und seinem Umfeld müssen sie jedoch auch einen Beitrag zur Schaffung von Wohnraum und sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen, Sportanlagen) leisten. Die Einführung eines Kleingartenflächensicherungsgesetzes lehnen wir daher ab. Wir wollen stattdessen ein berlinweites Kleingartenmanagement einrichten und Ersatzflächenangebote außerhalb der Stadt unterbreiten.“

# BERLIN 2021
# KLEINGÄRTNER HABEN DIE WAHL

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September 2021 wird auch über die Kleingartenpolitik der kommenden Jahre entschieden. Der „Gartenfreund" befragt in sechs Interviews die Parteien im Landesparlament zu ihren Positionen:

**Juni-Ausgabe:** FDP und AfD
**Juli-Ausgabe:** CDU und Linke
**August-Ausgabe:** SPD und Grüne

Die Interviews fanden in Berliner Kleingartenanlagen statt. Die Auswahl erfolgte durch die Redaktion und steht in keinerlei Zusammenhang mit politischen Ansichten von Vereinsvorständen oder -mitgliedern.

***SPD und Linke sagen: Doch, 100 % der Kleingartenfläche sollen gesichert werden.***

Da gibt es doch keine Rechtssicherheit – das Gutachten des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes hat es ja feststellt. Wohin das führt, haben wir gerade beim Mietendeckel gesehen. Dann lieber für einen Weg ringen, der Rechtssicherheit bringt, als politische Versprechen abzugeben, die sich dann zum Treibsand entwickeln.

***Bebauungspläne sind aber ein rechtssicheres Mittel, um auch private Kleingartenflächen zu schützen. Was planen Sie in dieser Hinsicht?***

Wir müssen uns die Flächen anschauen mit der Frage, welchen Mehrwert haben sie etwa für das Stadtklima. Da geht es immer darum, eine Verabredung mit den Eigentümern zu treffen, inwieweit die Anlage erhalten werden kann. Und ich weiß, dass das in Berlin auch schon geklappt hat. Die Lösung kann ja nicht sein, dass man konfrontativ etwas vorgibt.

wir alle Kleingärten im Bestand erfassen, dann müssen wir auch neue Flächen entwickeln, im Blick auf die Metropolregion Berlin-Brandenburg. Berlin wird mit Brandenburg zusammen großes Entwicklungspotenzial haben, nicht nur im Bereich der Kleingärten, sondern auch bei Wirtschaft, Wohnen und Mobilität, und deshalb muss man das auch zusammen denken.

***Wie viele Kleingärten braucht Berlin als wachsende Stadt überhaupt in Zukunft?***

Wir reden erst einmal darüber, den Bestand zu sichern und wie wir andernorts Flächen kompensieren können. Deshalb haben wir ja die Metropolregion Berlin-Brandenburg in den Blick genommen mit der Frage: Können dort neue Projekte entstehen – da, wo wir auch Flächen haben? Der Bedarf ist da und die Sehnsucht nach dem Gärtnern ist groß, ansonsten hätten wir ja nicht so lange Wartelisten. Aber es wäre unseriös, jetzt eine konkrete Zahl X zu nennen.

> *„Der erste Schritt muss ein Baulückenkataster sein, denn Berlin ist die lückenhafteste Metropole Europas."*

***Damit meinen Sie den Turbo für Bebauungspläne, wie ihn SPD und Linke vorsehen?***

Ich sehe vor allem, dass sich die Koalition nicht einig ist in dieser Frage, dass da jede Menge Wahlkampf drinsteckt und dass es kein gemeinsames Ziel gibt. Und das ist bitter.

***Sie haben schon die Ersatzflächen angesprochen. Die sollen laut Ihrem Wahlprogramm auch außerhalb der Stadt liegen. Ernsthaft?***

Wie gesagt: Wir wollen ein Kleingartenkataster anlegen, und wenn Wir sagen nur das, was wir politisch auch für machbar halten.

***Und wie sieht es mit der Parzellengröße aus?***

Wo neue Parzellen entstehen, müssen wir überlegen, wie viele Quadratmeter sollen das sein. Im Bestand haben wir ja Kleingärten, die 800 m² oder mehr haben – da wollen wir auch gar nicht ran. Aber die Frage ist, ob künftig 250 m² nicht ausreichend sind.

***Sie favorisieren also die neue Standardgröße, die auch der KEP vorsieht?***

Ja.

***Wie zukunftsorientiert sind die Kleingärtner in Berlin?***

Ich finde es gut, dass sich die Kleingärtner geöffnet haben und sagen: Wenn wir eine Relevanz für das Klima und das Lebensgefühl in der Stadt haben, dann müssen wir auch zusehen, dass die Anlagen zugänglicher werden, dass jeder hindurchgehen kann, dass wir uns mehr gegenüber der Gesamtgesellschaft öffnen. Das trägt auch dazu bei, die Konflikte in der Stadtgesellschaft zu entspannen, denn lange war ja der Eindruck für Außenstehende: Die schaffen sich ihr eigenes Biotop, das passiert alles hinter hohen Hecken, und da gehöre ich nicht dazu.

Da haben die Kleingärtner sich auch aus einem Klischee befreit, und es ist mittlerweile schon irgendwie cool, Kleingärtner zu sein.

**Das Gespräch führten Elke Binas und Klaus Pranger**

In der KGA Erlenstraße nutzte Sebastian Czaja die Gelegenheit, sich mit Johanna Platoszynski über die Wünsche der Kleingärtner an die Politik zu unterhalten.

Fotos: Elke Binas

# „Kleingartenerhalt darf nicht gegen Wohnungsbau ausgespielt werden“

## Katalin Gennburg, Sprecherin für Stadtentwicklung der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, zu den Sicherungsplänen ihrer Partei

***Frau Gennburg, Ihre Partei will gemeinsam mit der SPD ein Kleingartenflächensicherungsgesetz für Berlin erreichen – eigentlich bis zu den Wahlen. Ist das jetzt noch realistisch?***

Zugegeben, wir haben nur noch wenig Zeit. Aber wenn sich die Koalition darin einig ist, ein Bekenntnis zu den Kleingärten in Berlin abgeben zu wollen und Kleingärten nicht länger gegen Urban Gardening gestellt werden, dann wäre es möglich. Wir jedenfalls bekennen uns klar zu diesem Gesetz, haben in unserem Wahlprogramm die Sicherung aller Kleingartenflächen auch langfristig verankert und werden sie bei möglichen Koalitionsverhandlungen nach der Wahl auf jeden Fall zum Thema machen.

***Ihre politischen Gegner verweisen gern auf den gescheiterten Mietendeckel, selbst die Grünen haben juristische Bedenken. Wollen Sie ein rechtliches Risiko trotzdem in Kauf nehmen?***

Wir haben das auch prüfen lassen und sehen vor allem die Chancen. Auf die Kleingartensicherung ist das Urteil zum Mietendeckel nicht 1:1 übertragbar. Ich halte es übrigens für völlig normal, dass Regierungshandeln infrage gestellt wird, sobald man sich mit dem Kapital anlegt. Aber wir sollten diesen Weg entschlossen weitergehen, weil die sozialen und ökologischen Interessen der Stadt nur gegen die Kapitalinteressen durchgesetzt werden können. Sehen Sie es doch auch mal so: Das Bundesverfassungsgericht hat wenige Tage nach dem Mietendeckel ja auch das Klimagesetz der Bundesregierung gekippt. In diesem Urteil sehen wir ein Signal, dass es kein „Weiter so“ geben wird und nicht immer nur die vermeintlich Schwächsten weichen müssen. Darum haben wir guten Grund, jetzt mutig im Sinne des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit voranzuschreiten und unser Gesetz auf den Weg zu bringen.

*„So viel Biodiversität wie die Kleingärtner kann keine Grünflächenverwaltung der Welt auf die Beine stellen.“*

***Welche Bedeutung haben aus Ihrer Sicht die Kleingärten für Berlin?***

Kleingärten sind ein Teil der Stadtgeschichte, es gibt eine lange Kleingarten-Tradition in Berlin. Kleingärten haben eine wichtige soziale und ökologische Funktion – die wird auch nicht infrage gestellt, wenn mal ein Pool im Garten steht. Denn insgesamt sind die Kleingärten die wichtigsten $CO_2$-Senker in Berlin, und so viel Biodiversität, wie die Kleingärtner auf ihren Parzellen produzieren, kann keine Grünflächenverwaltung dieser Welt allein auf die Beine stellen. Wenn wir einen ökologischen Anspruch haben, müssen wir dafür sorgen, dass die Kleingartenflächen erhalten bleiben.

***Das Ressort Stadtentwicklung und Wohnen wird seit 2017 von den Linken geführt. Was macht Ihre Partei in Sachen Kleingärten anders als die Vorgänger?***

Wir halten es für sinnvoll, die Pläne für Raumordnung, Stadtentwicklung oder Flächenentwicklung nicht auseinanderzurupfen, sondern sie als Ganzes zu betrachten. Es gab immer wieder Pläne, historisch gewachsene Kleingartenanlagen zugunsten von Baumaßnahmen plattzumachen. Mit dem Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen ist es uns gelungen, einen Großteil dieser Pläne wieder aus dem Weg zu räumen. Das hat viel Kraft gekostet.

***20 Kleingartenanlagen müssen trotzdem um ihren Erhalt bangen, sie sind im StEP Wohnen zur Bebauung vorgesehen.***

Diese 20 sind das Minimum, auf das wir uns in der Koalition verständigen konnten, und es war wirklich ein hartes Ringen. Am liebsten hätten wir, dass künftig gar keine Kleingartenfläche mehr für Wohnungsbauprojekte geopfert werden muss. Beides darf nicht länger immer wieder gegeneinander ausgespielt werden. Es ist so schön einfach, für Wohnungsbauprojekte an die landeseigenen Flächen zu gehen, auf denen sich Kleingärten befinden. Warum legen wir uns nicht stattdessen mit den Profitinteressen an und bauen das nötige Wohngebiet da, wo die Eigentümer einer seit Jahren leerstehenden Industrieruine nur darauf warten, dass der Bodenpreis immer weiter steigt?

***War das für Sie der Ansatz, Kleingärten durch ein Gesetz langfristig zu sichern?***

Ja. Die jahrelangen Kämpfe um die Kleingartenanlagen zeigen, dass der Grünflächenerhalt immer wieder neu verhandelt wird. Das ist sehr mühsam. Um mit der bisherigen Praxis endlich zu brechen, müssen die Kleingärten unter gesetzlichen Schutz gestellt werden. Und ich gehe sogar weiter: Alle Grünflächen der Stadt

## Aus dem Wahlprogramm

Das Wahlprogramm der Berliner Linken ist unter ***www.dielinke.berlin/2021/wahlprogramm*** zu finden. Dort heißt es unter anderem: „Kleingärten sind schützenswerter Bestandteil des Stadtgrüns und wichtige soziale Orte. Wir wollen sie durch Einführung eines Kleingärtenflächensicherungsgesetzes dauerhaft schützen. ... Wir wollen Kleingartenflächen ... durch Flächennutzungsplan-Änderungen sowie die Aufstellung und den Beschluss von weiteren Bebauungsplänen in den Bezirken dauerhaft erhalten. Die Flächen sollen statt als Bauland auch zukünftig der Bevölkerung für die gärtnerische Nutzung zur Verfügung stehen ...“

# BERLIN 2021
# KLEINGÄRTNER HABEN DIE WAHL

Die Pläne für den neuen Spreepark beschäftigen die Kleingärtner der KGA Rathaus Treptow seit Jahren. Karin Lubke (l.) sprach mit Katalin Gennburg über die Bürgerinitiative Pro Plänterwald. Fotos: Elke Binas

sollten gesetzlich geschützt werden. Der städtische Raum muss anders verteilt werden.

***Was meinen Sie damit?***

Ein Beispiel: In den vergangenen Jahrzehnten ist in Berlin extrem viel Wohnraum durch den Straßenbau verloren gegangen, insbesondere den Autobahnneubau. Auf dem 16. Bauabschnitt der Stadtautobahn könnten laut einer Studie rund 8000 Wohnungen entstehen. Dann lasst uns doch den Autobahnbau stoppen und die Frage der Raumverteilung mal generell diskutieren und nicht immer über einzelne Zipfel freier Fläche verhandeln. Es geht doch nicht darum, Massen von Beton zu vergießen, sondern um die ernsthafte Mobilisierung städtischen Raums für die Wohnraumversorgung. Da geht es auch um Leerstand, Spekulationsobjekte, AirBnB, Abriss von Wohnraum usw. Eine Formel wie „Bauen, bauen, bauen" ist da mehr als unterkomplex.

***Sie streben einen Pakt für das gesamte Stadtgrün an mit besonderem Fokus auf die Kleingärten. Damit meinen Sie aber nicht die Berliner Charta fürs Stadtgrün?***

Nein, die Charta ist ein nützliches Bekenntnis zum Grün. Wohl jeder Politiker in Berlin würde das unterschreiben. Aber mit dem gesetzlichen Schutz für Kleingärten und Stadtgrün, den wir anstreben, ist das nicht zu vergleichen. Es geht um Rechtsverbindlichkeit und darum, dass Grünflächen rechtlich genauso geschützt sind wie z.B. Straßen. Trotz aller Beschwichtigungen wurde in den vergangenen 30 Jahren immer wieder zuerst auf die Kleingärten zugegriffen, wenn Flächen gebraucht wurden. Damit muss Schluss sein.

***Was halten Sie von der Idee einer Stiftung für die landeseigenen Flächen?***

So eine Stiftung kann immer verkauft werden, es gibt keine Privatisierungsbremse. Darum sind wir dagegen, einer privaten Rechtsform öffentliche Güter zu übertragen. Wohin das führen kann, sehen wir nicht nur am massenhaften Verkauf von Wohnungen in Berlin vor 20 Jahren. Auch die Grünflächenämter wurden damals zusammengespart. Mit dem Effekt, dass viele landeseigene Grünflächen nun durch die Grün Berlin GmbH versorgt werden, ein privatwirtschaftlich betriebenes Unternehmen, in dessen eigenem Ermessen es liegt, wie weit die Pflege gehen muss.

***Können Kleingärten als ökologische Ausgleichsfläche nützlich sein?***

Auch in dieser Frage sind wir skeptisch – wir sehen das Stadtgrün lieber als Gesamtpaket. Sonst fallen womöglich wieder andere Flächen einem Bauvorhaben zum Opfer mit dem Ergebnis, dass die Grünflächen weiter immer weniger werden.

***Ihr Gesetzentwurf sieht die Sicherung der privaten Kleingärten durch Bebauungspläne binnen fünf Jahren vor. Viele Bezirke sehen sich dazu nicht in der Lage. Sollte man ihnen da stärker unter die Arme greifen?***

Absolut. Wir brauchen eine berlinweite Koordinierung, weil es in den Bezirken ein Ungleichgewicht gibt – nicht nur, was die Ausstattung der Ämter angeht. Auch die Anzahl und Beschaffenheit der Grünflächen und der Stand der Flächensicherung sind in keinem Bezirk gleich. Dieser Situation muss das Land Rechnung tragen und die Erstellung von B-Plänen in den Rathäusern unterstützen.

*„Alle Grünflächen der Stadt sollten gesetzlich geschützt werden. Der städtische Raum muss anders verteilt werden."*

***Ihr Gesetzentwurf schreibt minutiös vor, wie Kleingärtner künftig gärtnern und sich fortbilden sollen. Geht das nicht zu weit?***

*(lacht)* Das ist in der Tat von vielen in der Diskussion befragt worden, auch im eigenen Haus. Betrachten Sie solche Festschreibungen doch nicht als Reglementierung von Kleingärtnern, sondern als eine Wertschätzung der Vereinsarbeit und eine Möglichkeit, die Selbstverwaltungsstruktur gesetzlich zu sichern.

***Und wie lassen sich solche Regeln kontrollieren?***

Auf keinen Fall wird das Ordnungsamt in die Kleingartenanlagen gehen, um Strafzettel auszustellen. Es geht eher darum, das Vereinswesen, das ja auch Teil demokratischer Mitgestaltung und Mitbestimmung ist, ins Gesetz mit einzubeziehen. Wir sehen darin eine Wertschätzung dessen, was Kleingärtnerinen und Kleingärtner hinsichtlich der Biodiversität und anderer ökologischer Kriterien der Stadt kostenlos bereitstellen. Natürlich verbunden mit dem Wunsch nach Regeln in den Vereinen, zu denen auch gehört, einen ökologischen Anspruch zu haben. Das Ziel ist aber, insgesamt das Kleingartenwesen zu stärken und festzuschreiben, und nicht, Sanktionspolitik zu betreiben.

**Das Gespräch führten Elke Binas und Klaus Pranger**